

Wissen und Macht: Der amerikanische Krieg um Massenvernichtungs- und Massenverwirrungswaffen

Michael Meyer

Blickt man durch liberale deutsche Medien über den großen Teich nach Amerika, fragt man sich: Wie war es möglich, dass Präsident George W. Bush viele Amerikaner Glauben machen konnte, wegen der angeblichen Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen (MVW) in den Krieg ziehen zu müssen, und auch danach noch Vertrauen einzufordern, obwohl die Experten bis heute keine finden konnten? Führt der offenbare Widerspruch zwischen einer politischen Behauptung und der wissenschaftlich nachweisbaren Wahrheit nicht zum absoluten Verlust von Bushs Glaubwürdigkeit? Nicht unbedingt, wie dieser Fall beweist, in dem die Medien eine sehr große Rolle spielen. Ziel dieses Beitrages ist der Versuch, aus der Perspektive der Rhetorik und der Psychologie die Funktion von und den Kampf um Glaubwürdigkeit und Vertrauen im Wechselspiel zwischen Politik, Wissenschaft und Publizistik im Kontext amerikanischer Kultur zu verstehen.

Politik, Publizistik und Wissenschaft überlagern und verflechten sich. Fraglich ist, welche Systeme, Organisationen und Personen wie miteinander verknüpft sind und wie sie versuchen, trotz der möglichen Interessenskonflikte Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit zu beanspruchen. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Strategien, wie in Kommunikationsprozessen Glaubwürdigkeit und Vertrauen aufgebaut, angegriffen und wieder hergestellt werden.

Die Diskussion um Massenvernichtungswaffen im Irak als einer der wesentlichen Kriegsgründe wuchs zu nichts weniger als einem politischen und medialen Krieg um Massenverwirrungswaffen. Heftig und andauernd wurde um die Glaubwürdigkeit von Informationen, Personen und Institutionen gerungen. In einer Schlammschlacht gegenseitiger Bezeichnungen der Lügen in der Politik und Publizistik beherrschte „das Spiel mit der Wahrheit jede Debatte“ (Kreye 2003). Das Misstrauen explodierte förmlich unter Politikern, Medienvertretern, Experten und zwischen diesen Gruppen. Im Rahmen dieses Beitrages möchte ich mich weitgehend auf einige zentrale Auseinandersetzungen um die MVW in den USA von Oktober 2002 bis Oktober 2003 konzentrieren, die in den sechs Monaten vor und nach dem Krieg gegen den Irak ihren Höhepunkt erreichten.

Am Anfang der heißen Phase stand Bushs Aufsehen erregende Rede über die umfassende Bedrohung durch den Irak am 7. Oktober 2002 in Cincinnati, Ohio, deren Wirkung durch Bushs Ansprache zur Lage der Nation am 28. Januar 2003 und Colin Powells Präsentation vor den Vereinten Nationen am 5. Februar 2003 verstärkt wurde. Nach dem Ende der Hauptkriegshandlungen im April 2003 ersetzten die USA die Inspektoren der UN durch ihre eigene Iraq Survey Group. Schon lange bestehende Zweifel an der Argumentation der amerikanischen Regierung wurden nach dem April 2003 lauter und mündeten in die Etablierung einer Untersuchungskommission. Der Bericht des scheidenden Leiters der amerikanischen Iraq Survey Group im Oktober 2003 kündigte eine längere Überprüfung der MVW des Irak an, die bis dato nicht gefunden wurden.

Die Klärung der grundlegenden Rolle von Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Politik, Wissenschaft und Publizistik erlaubt zu verstehen, welche Probleme bei welchen Organisationen und Vertretern dieser Systeme in den USA in der Debatte um die MVW auftreten. Danach folgt die Erläuterung von Kriterien und Strategien zur Beurteilung und Verhandlung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Konflikten, um schließlich ausgewählte Reden und Diskussionen von Politikern, Experten und Publizisten im Detail zu analysieren.

1. Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Wissenschaft

Glaubwürdigkeit und Vertrauen werden oft ‚durcheinander‘ definiert und analog verwendet. Die Begriffe und ihre Ableitungen haben aber unterschiedliche Spielräume. Man kann von streng vertraulichen Informationen sprechen, die aber diejenigen, die sie ausschließen und möglicherweise betreffen, misstrauisch machen. Wir reden von glaubwürdiger Abschreckung eines internationalen Gegners, die sich aus dem eigenen Misstrauen ergibt und die das Vertrauen und die Sicherheit der eigenen Bevölkerung herstellen soll. Entscheidend ist, dass Glaubwürdigkeit und Vertrauen keine objektiven und allgemein gültigen, sondern in Kommunikationsprozessen ausgehandelte Konstrukte sind (Nawratil 1997, 27-28; Deppermann 1997, 381). In einem wechselseitigen Prozess beanspruchen Kommunikationspartner die Wahrheit einer Aussage und Glaubwürdigkeit beziehungsweise Vertrauen und schreiben sie dem anderen zu – oder im Zweifelsfalle nicht (Deppermann 1997, 376-81). Die Funktion von Vertrauen definiert Niklas Luhmann allgemein als Mittel, um die wachsende Komplexität der modernen Wirklichkeit zu reduzieren, die wir nicht mehr sicher erfassen und beherrschen können (1989, 8-9, 18-19). Die Grundlage von Vertrauen ist nach

Luhmann die prinzipielle Möglichkeit, sich verbindlich über etwas als wahr verständigen und sich daher auf die Informationsverarbeitung durch andere verlassen zu können (1989, 66). Wenn man anderen vertraut, haben beide Freiräume für Handlungen, doch geht man ein gewisses Risiko ein, seine Erwartungen enttäuscht zu sehen. Statt komplexer Informationen, die außerhalb der eigenen Kompetenzen liegen, kontrolliert man das symbolische Handeln der anderen, denen man Vertrauen schenkt, um im Falle der Enttäuschung Vertrauensbrüche mit Sanktionen belegen zu können (Luhmann 1989, 35-37). Man kann Vertrauen in Sozialsysteme, wie Wissenschaft, Publizistik und Politik von Vertrauen in Organisationen und Personen unterscheiden.

Die Autorität der Wissenschaft beruht auf der Gewissheit, dass ihre Aussagen wahr sind, weil man darauf vertraut, dass bestimmte Regeln bei der systematischen Erforschung von Wissen gelten und die Verfahren wie die Ergebnisse wechselseitig durch Experten geprüft werden (Luhmann 1989, 68-69). Der Laie, der sich auf Expertenwissen stützt, kann dies selbst nicht überprüfen, sondern muss dem System der Wissenschaft vertrauen.

Die Suche nach MVW im Irak erfordert wissenschaftlich ausgewiesene Experten aus der Biologie, der Chemie, der Nuklearphysik und hochspezialisierte Experten für Waffensysteme. Im Fall der UN-Inspektionen zur Verifikation der MVW des Irak traten mehrere Anforderungen und Probleme auf, welche das Vertrauen auf die Unabhängigkeit der Experten und ihrer Ergebnisse beeinträchtigen konnten. Die Untersuchungen fanden in einem hochpolitisierten Kontext statt, denn die wissenschaftliche Aussage diente der Legitimation politischen Handelns und beeinflusste das mögliche Ende der Sanktionen gegen den Irak oder deren Verschärfung bis zum militärischen Einsatz durch die UN beziehungsweise durch die USA als wichtigster Gegenspieler des Irak. So argumentiert Michael Ehrke (2003, 11), dass der Irak, die Inspektoren und die westlichen Geheimdienste interessegeleitet sind und daher von keiner Seite klare Informationen zu erwarten sind. In diesem Zusammenhang sind die Auswahl der Experten, ihre Arbeitsbedingungen, ihr Wissen und ihre Schlussfolgerungen von größter Wichtigkeit.

Scott Ritter, der ehemalige Inspektor der UNSCOM (nach ihrem Auftraggeber, dem Sicherheitsrat der United Nations Security Commission), legitimierte prinzipiell die Berufung von Mitarbeitern des Central Intelligence Agency (CIA) zu Inspektoren wegen ihrer Expertise, solange sie sich allein dieser Aufgabe widmen. Zwar wurde der CIA zur Sammlung von Informationen im Ausland gegründet, doch kompromittierte er seinen Ruf durch illegitime und illegale Operationen von Desinformation bis zur Unterstützung von Staatsstreichen

(Raeithel 2002, 439). Die doppelte Aufgabenfunktion und die Geheimhaltung lassen die Transparenz vermissen, die vertrauenswürdige Experten in der Öffentlichkeit benötigen. Warum soll der Rezipient einer Information Vertrauen schenken, wenn die Quelle geheim ist? Warum soll man einer Institution trauen, deren offene und geheime Finanzierung im Wesentlichen von den Dienstleistungen gegenüber einer Regierung abhängt, die in diesem Falle Partei ist? Ein größeres Problem ist jedoch, dass CIA-Mitarbeiter unter den Inspektoren offenbar gar nicht an einer Verifikation der Abrüstung interessiert waren, um die Behauptung des Irak, über keine MVW zu verfügen, nicht bestätigen zu müssen und demzufolge Forderungen des Irak nicht zu legitimieren, wie die gegnerischen Experten Scott Ritter im Einzelfall (2002, 39) und Kenneth M. Pollack für die amerikanischen Interessen im Allgemeinen übereinstimmend bemerken (2002, 175). Man sollte wissen, dass Ritter keinen nennenswerten Verstoß gegen die UN-Resolution fand und daher einen Krieg ablehnte, während Pollack, ein ehemaliger CIA-Militäranalytiker, Professor an der National Defense University und Direktor für Angelegenheiten am Persischen Golf im Nationalen Sicherheitsrat der USA, für einen Militärschlag wegen der MVW argumentierte (2002, xiv, 175).

Die Arbeitsbedingungen der Experten waren, gelinde gesagt, ungünstig. Inspektionen benötigen Vertrauen auf beiden Seiten (Ritter 2002, 68). Die misstrauischen Iraker behinderten die Arbeit, wodurch wiederum das Misstrauen der Inspektoren und das der USA an deren Ergebnissen geweckt wurde. Solange der „Irak sein Waffenprogramm nicht vollständig offen gelegt hat, ist das Vertrauen, bei der Überwachungstätigkeit den richtigen Schwerpunkt gesetzt zu haben, gering“ (Kraatz-Wadsack 2002, 30). Ein Problem aus irakischer Sicht waren unter anderem Inspektionen sicherheitsrelevanter Einrichtungen, weil ‚sensible‘ Informationen offen gelegt werden konnten und umgekehrt ihre Sicherheit bedrohen konnten. Übrigens verweigern die USA aus den gleichen Gründen bestimmte internationale Inspektionen nach dem Chemiewaffenkontrollabkommen (Kruzsch/ Wagner 2002, 58). Der Streit über die Art der Inspektionen, die dem Irak zufolge nicht den Regeln der UN-Resolution entsprach, führte 1998 zu deren Beendigung (Solomon 2003, 49-51). Scott Ritter (2002, 51) verließ 1998 die UNSCOM unter anderem wegen der Spionage von CIA-Mitarbeitern unter den Inspektoren, die das UN-Mandat verletzt und die gesamten Inspektionen diskreditiert hätten.

Mit dem Schweden Dr. Hans Blix trat ein unabhängiger Experte an die Spitze der Inspektoren der UNSCOM. Die Inspektionen wurden Ende 2002 wieder aufgenommen. Blix betonte in Notizen zu seinem letzten Bericht über die Ins-

pektionen bis zum Kriegsbeginn am 18. März 2003, dass bei den bisher deklarierten Waffen und Einrichtungen auch in den gesamten letzten Jahren keine nennenswerten Mengen von MVW oder Hinweise auf die Wiederaufnahme von Programmen gefunden werden konnten. Vorsichtig erklärte er, dass ein negatives Ergebnis nicht bedeute, dass keine MVW vorhanden sind, aber auch nicht, dass sie existieren, weil keine irakischen Dokumentationen über ihre Vernichtung vorgelegt wurden. Man kann daher nicht darauf vertrauen, so Blix, dass die Programme und Waffen vernichtet wurden, sondern muss weiter prüfen. MVW konnten nicht gefunden werden, weil sie entweder versteckt oder zerstört worden waren. Zurück bleiben also die klassischen Probleme der Komplexität und Unsicherheit. Da kein Vertrauen in dieser Situation vorhanden ist, muss die Option Kontrolle heißen. Gehen wir davon aus, dass dem Experten, seinem Wissen und seinem Bericht zu vertrauen ist, dann kann Blix' Unsicherheit keine andere politische Entscheidung legitimieren, als die Inspektionen fortzusetzen, wofür er sich als Wissenschaftler ausspricht.

2. Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Politik und Publizistik

Forscher diskutieren, ob es wichtig ist, von Vertrauen im Bereich Politik zu sprechen. Ronald Inglehart (1999) zufolge spielen wirtschaftliche und kulturelle Faktoren eine größere Rolle für stabile und funktionierende Demokratien als Vertrauen, das eher diffus in politische Institutionen und in Regeln für Machtwechsel vorhanden sein müsse. Luhmann spricht von generalisiertem Vertrauen in das politische System und seine Entscheidungsprozesse im Gegensatz zur Erwartung an bestimmte politische Entscheidungen (1989, 71-72). Allerdings haben gewählte Politiker keine Verpflichtung zur Interessensvertretung bestimmter Individuen, sondern sind nur dem Gemeinwohl verpflichtet (Luhmann 1989, 71). Zwar können die Bürger in Wahlen im Nachhinein politische Entscheidungen und ihre Träger gut heißen oder ablehnen, doch sind ihre Sanktionsmöglichkeiten gegen einzelne Politiker sehr beschränkt. Luhmanns allgemeine Aussage trifft genau für die Auseinandersetzungen um die MVW zu: „Das Systemvertrauen ist dagegen hochgradig unbestimmt, involviert aber andererseits ein Engagement und Folgen, die bis an Leben oder Tod gehen können“ (1989, 72).

Russell Hardin behauptet, in repräsentativen Demokratien sei Vertrauen nicht möglich, weil keine persönlichen Beziehungen vorhanden sind, die ein solches rechtfertigen (1999, 29-32). Doch greift dieses Argument gerade in der

amerikanischen Politik nicht ganz. Der Präsidentschaftskandidat stellt sich mit seiner ganzen Persönlichkeit der Bevölkerung zum Wahlkampf. Sein ganzes Leben wird bis ins Kleinste durchleuchtet. Der einzelne Bürger baut eine medial vermittelte, quasi-persönliche Beziehung zum Präsidenten auf. Politische Entscheidungen, die der mit großer Macht ausgestattete Präsident vertritt, sind zwar das Ergebnis eines komplexen Entscheidungsprozesses, werden aber durch ihn personifiziert. Daher ist es prinzipiell möglich, ein „quasi persönliches Vertrauen“ (Luhmann 1989, 71) in die Spitze dieses Systems aufzubauen. Auch um dieses Vertrauen geht es in der amerikanischen Diskussion um die MVW.

Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass der Vertrauensverlust in die Politik eine Krise der Demokratie und ihrer Legitimation bedeute, stehen Argumente, die gerade die Wichtigkeit des Misstrauens betonen, um Politiker zur Rechenschaft zu verpflichten (Orren 1997, 78-79; Warren 1999, 347-348). Das politische Instrument der Täuschung hat eine ebenso lange Tradition wie das politische Misstrauen (Orren 1997, 102; Leyendecker 2004, 21-22). Es gibt jedoch – in der politischen Theorie wie im Wahlkampf – eine gewisse Toleranzschwelle für unwahre Behauptungen ebenso wie Bezeichnungen der Unwahrheit in der politischen Debatte (Leyendecker 2004, 22). Peter Johnson nennt als Grundproblem des Vertrauens in die Politik das „dirty hands“-Dilemma (1993, 10), also den durchaus üblichen und pragmatischen Versuch oder die Tatsache, wünschenswerte politische (nicht persönliche) Ziele mit verborgenen und unlauteren Mitteln zu erreichen. Das Problem sei, dass bei Akzeptanz der schmutzigen Hände der moralische Normverstoß zur Normalität zu werden droht und denjenigen, die ihr Vertrauen schenken, durch Missbrauch geschadet werden kann (Johnson 1993, 6, 20). Geht es um internationale Politik, ist die Akzeptanz für Täuschungen des Gegners im eigenen Lager akzeptabler, wenn damit dem eigenen Gemeinwohl geholfen wird (Johnson 1993, 5). Dies ist – neben Selbstzensur und Opportunismus – einer der Gründe, warum die Spionage amerikanischer Inspektoren im Irak kein großer öffentlicher Skandal in den USA wurde, sondern sogar aus nationalen Interessen heraus legitim erscheinen konnte (vgl. Solomon 2003, 48-51). Die Vorwürfe der Täuschung des eigenen Volkes wegen partikularer Interessen sind jedoch gravierend.

Die Verhandlungen politischer Glaubwürdigkeit und die Legitimationen politischer Entscheidungen werden zum großen Teil über die öffentlichen Massenmedien ausgegossen und verbreitet. Die Medien und die Politik sind voneinander abhängig und in Hassliebe verbunden. Einerseits benötigen die Politiker die Medien, um sich und ihre Entscheidungen öffentlich darzustellen, andererseits be-

klagen sie den „mean world effect“ (Nye 1997, 17), weil die Massenmedien tendenziell mehr Aufmerksamkeit auf negative als auf positive Meldungen legen.

Um glaubwürdig zu sein und dadurch Vertrauen zu gewinnen, müssen Medien, die Informationen verbreiten und zur Meinungsbildung beitragen wollen, unabhängig und überparteilich sein. Sie haben die Aufgabe, Informationen zu prüfen, wichtige auszuwählen, nachprüfbar zu dokumentieren und ‚objektiv‘, so weit das überhaupt möglich ist, darzustellen. Dadurch setzen sie bestimmte Themen für die Öffentlichkeit und blenden andere aus. Zudem liefern Kommentare den Lesern und Leserinnen Interpretationsangebote. Die Glaubwürdigkeit der Medien, so Beatrice Dernbach in diesem Band, hängt unter anderem von ihrer Transparenz und Selbstkontrolle ab. Die Funktion der Medien als Kontrollinstanz der Politik wird unterlaufen, wenn bestimmte Medien, die Vorgaben politisch engagierter Eigentümer erhalten, zu Foren politischer Public Relations werden oder der Unterhaltungscharakter die Berichterstattung dominiert (siehe Dernbach in diesem Band).

Im Falle der MVW ging der politischen Entscheidung für den Kriegseinsatz eine Art PR-Kampagne im Herbst 2002 voraus, in der sich Politik, Wissen und Massenmedien untrennbar miteinander verflochten, wie die Medienkritiker Norman Solomon, Direktor des Institute for Public Accuracy, und Reese Erlich, investigativer Reporter und Dozent für Medientheorie- und Praxis an der University of California, im Detail nachweisen (2003, 51-54). Die Medienbeobachter Sheldon Rampton und John Stauber, Herausgeber und Autoren von PR Watch, bestätigen, dass Konservative Think Tanks wie das Project for a New American Century (PNAC), die aus politischen ‚Experten‘ bestehen, und der Iraq National Council (INC), eine vom CIA und dem PR-Berater Rendon unterstützte Gruppe von Exil-Irakern, zusammen mit Regierungsstellen massenhaft Informationen an die Medien lieferten, die Saddam Hussein mit Terror in Verbindung brachten, die Forderung nach einem ‚Regimewechsel‘ intensivierten und den INC als politische Alternative vorschlugen (Rampton/ Stauber 2003, 37-63). Die Presse übte Selbstzensur, indem sie diese Informationen verbreitete und widersprechende Informationen verschwieg (Solomon/ Erlich 2003, 40-50, 67-69). Im Herbst 2002 glaubten mehr als die Hälfte der Amerikaner, Saddam Hussein sei mitverantwortlich für die Attentate vom 11. September (Solomon/ Erlich 2003, 64).

Auf dem Buchmarkt etablierte sich eine liberale Gegenmacht, die allerdings erst 2003 an Fahrt gewann und deren unbestrittener internationaler Star Michael Moore ist, dessen regierungskritische Bücher *Stupid White Men* (2001/ 2002) und *Dude, Where's My Country* (2003) in den USA wie Europa Rekordauflagen

erzielten. Die Titel seiner Mitstreiter, Joe Conasons *Big Lies* und Al Franks *Lies and the Lying Liars Who Tell Them. A Fair and Balanced Look at the Right*, lassen keinen Zweifel an ihrer Absicht, mit der Regierung und ihren Unterstützern abzurechnen. Diese Bücher zeichnen sich durch eine Überlagerung von Politik, Entertainment und Wissen aus. Sie sind tendenziös, ironisch und satirisch, dokumentieren aber auch ihre Quellen. Trotz Parteilichkeit beanspruchen sie Wahrhaftigkeit, um das Misstrauen von Gleichgesinnten gegenüber dem politischen Gegner zu vertiefen. Die teilweise sehr hohen Auflagen dieser Bücher können nicht darüber hinweg täuschen, dass die Regierung über eine wesentlich größere Präsenz in den Massenmedien und über die weitaus größere Macht verfügt, Themen zu setzen und Meinungen zu platzieren. Dabei geht es nicht unbedingt darum, ob oder dass eine Aussage, ein Kommunikator oder eine Organisation objektiv oder für alle gleichermaßen glaubwürdig oder vertrauenswürdig sind. Entscheidend ist, dass Glaubwürdigkeit und Vertrauen in andauernden Kommunikationsprozessen auf dem Spiel stehen, und wie sie verhandelt werden (Nawratil 1997, 27-28; Deppermann 1997, 381).

3. Kriterien und Strategien von Verhandlungen

Glaubwürdigkeit und Vertrauen bilden die implizite pragmatische Grundlage von Kommunikation und reduzieren Komplexität: Ein andauerndes Misstrauen gegenüber der Wahrheit und Wahrhaftigkeit des anderen würde jede fruchtbare Kommunikation unterbinden und ständige Meta-Reflexion erfordern, um Anhaltspunkte für Kritik zu finden. Glaubwürdigkeit und Vertrauen werden erst explizit verhandelt, wenn irgendein Anlass besteht, sie in Zweifel zu ziehen, indem beispielsweise Erwartungen an ein oder mehrere Kriterien nicht erfüllt werden (Köhnken 1990, 162, 166). Die Psychologie, Gesprächsanalyse und Rhetorik stellen folgende Anhaltspunkte für Glaubwürdigkeitsbeurteilungen auf:¹

- *Kontext*: Situation, Publikum, Medium, vorausgehende Thematisierung des Inhaltes
- *Vorinformationen*: Ruf der allgemeinen Vertrauenswürdigkeit des Kommunikators, der Erwartungen prägt; äußere Erscheinung und Verhalten
- *Selbstpräsentation*: Herkunft, Position und Funktion in Organisation, Kompetenz, Motivation, Interesse, Kontaktaufnahme

¹ Vgl. Günter Köhnken (1990, 140-164), Ute Nawratil (1997, 35-85), Alexander Kirchner (2000, 115-160) und Arnulf Deppermann (1997, 211-216).

- *Nonverbales Verhalten*: Dynamik, Mimik, Gestik
- *Sachverhalt*: aus der Sicht des Kommunikators und in der Relevanz für die Rezipienten
- *Präsentationsweise von Informationen*: rhetorisch, erzählerisch und logisch plausible Darstellungsweise

In der Alltagskommunikation werden äußere Erscheinung und nonverbales Verhalten als wahrer Ausdruck der inneren Einstellungen und der Persönlichkeit betrachtet (Köhnken 1990, 168). In der Politik sind öffentliche Auftritte in der Regel sorgfältig einstudierte Inszenierungen. Bush begründet als Staatsmann seriös im dunklen Anzug und mit vor Selbstvertrauen strotzender Mimik und Gestik vor dem Kongress, warum ein Militäreinsatz möglicherweise notwendig sei. Er verkündet sportlich in grauer Fliegermontur und ‚codpiece‘, einem Kleidungsstück, das die Männlichkeit mindestens genauso betont wie schützt, auf einem Flugzeugträger mit vor Stolz geschwellter Brust das „Ende der Mission“. Für die einen hat er mit diesen Auftritten das Vertrauen, das in ihn als starken Führer der Nation gesetzt wurde, erfüllt, für die anderen das Misstrauen gegenüber dem Kriegsbefürworter verstärkt. Sein eigener Sprechstil zeigt kurze, stark betonte Einheiten aus drei bis fünf Worten, die leicht verständlich sind, und Wirkungspausen, in denen er häufig ein leichtes, unergründlich vieldeutiges Lächeln zeigt. Meist präsentiert ihn die Kamera aus leichter Untersicht, die ihn höher als die Zuschauer stellt und überlegen wirken lässt. In offiziellen Ansprachen im Weißen Haus und im Kongress weiß er die amerikanische Flagge und das Siegel des Präsidenten hinter sich, die ihn als obersten Repräsentanten der USA mit einem Vertrauensbonus auszeichnen. Da Bushs Auftritt in den Reden, die später analysiert werden, ähnlich wie in seinen anderen offiziellen Verlautbarungen aussieht und aus Fernsehnachrichten als bekannt vorausgesetzt werden kann, gehe ich später nicht mehr näher darauf ein.

Die grundlegende Schwierigkeit, die Aufrichtigkeit in politischen Inszenierungen aus dem Verhalten ableiten zu wollen, betrifft auch die Beurteilung der anderen Kriterien. Sie kann zu dem Problem führen, dass ein öffentlicher Kommunikator bei einem skeptischen Publikum versucht, besonders glaubwürdig zu wirken, aber gerade dadurch dessen Misstrauen bestärkt, selbst wenn er oder sie glaubwürdige Informationen vermittelt (vgl. Köhnken 1990, 159). Die Attribution von Glaubwürdigkeit hängt nicht nur einseitig von den Erwartungen an den Kommunikator ab, sondern auch von den Einstellungen, Positionen und Situationen der Rezipienten. Diese können je unterschiedliche Kriterien anwenden oder keine der oben genannten (Nawratil 1997, 125-126), insbesondere bei fest-

gelegten Voreinstellungen, wie den ‚goldenen Regeln‘: „Traue niemals einer Frau“, „Trau keinen fremden Männern“ oder „Never trust a black/ white/ Arab/ American/ young/ old man“.

Konstruktivistische Theorien erklären, wie Rezipienten Informationen verarbeiten, um zu Urteilen zu kommen, beispielsweise Schemabildungen von Prozessen und Persönlichkeiten (siehe Köhnken 1990, 136-41, 165-69; Nawratil 1997, 125-30). Mich interessieren hier eher die rhetorisch markanten Kommunikationsprozesse, die Aushandlungen von Glaubwürdigkeit und Vertrauen beobachtbar machen.

Im Konfliktfall werden nach Deppermann (1997, 211-216, 371-378) die Selbstpräsentationen und die Behauptungen von Sachverhalten der Gegner verhandelt: Während man selbst seine eigene Identität, Motive und Interessen an Gewissheit, Wahrheit und Verständigung dokumentiert, dekonstruiert man die Selbstpräsentation des anderen. Die Version des anderen hinterfragt man und stellt eine Gegenversion auf, die Details, Beweise und wenn möglich Zeugen anführt. Zur Strukturierung der Verhandlungen eignen sich die Themensteuerung (ein- oder ausblenden), die Beziehungsbewertung (anerkennen/ nicht anerkennen), die Organisation der Interaktion (Beiträge zulassen, beantworten und bewerten oder nicht) und die Bekundung von Handlungsabsichten (Kooperation sichern oder ablehnen). Man kann auf die destruktive Betonung der Unterschiede oder die konstruktive Hervorhebung der Gemeinsamkeiten abzielen. Zur Eskalation führen Versuche, die eigene Position gegenüber anderen durchzusetzen, sich wechselseitig zu diskreditieren, den Streit zu intensivieren, zu personalisieren oder zu verallgemeinern. Dagegen führt die kooperative Bemühung um Einigung und positive künftige Zusammenarbeit zur Deeskalation. Die Defokussierung der Diskussion, Konzessionen, Entschuldigungen, die Annahme von Bußen und die rituelle Anerkennung des anderen entspannen den Konflikt.

4. Die Eskalation des Misstrauens gegenüber dem Irak

Im Zentrum der Debatte standen zunächst zwei Fragen: die Glaubwürdigkeit der Abrüstung des Irak und dann die der Regierung der USA. Jedoch weitete sich diese Auseinandersetzung auf die Glaubwürdigkeit der UN, ihrer Inspektoren, der Geheimdienste, der Medien und der politischen Gegner Bushs aus. Eine Spirale des Misstrauens führte zur Beobachtung der Beobachter, nämlich des Irak durch die UN-Inspektoren, durch die US-Informationendienste, durch die Regierung, durch politische Institutionen (Parlament, Kongress, Opposition), durch

Medien, durch deren Kritiker und umgekehrt. Hier soll und kann also gar nicht beurteilt werden, ob Bush tatsächlich glaubwürdig und vertrauenswürdig ist, sondern welche zum großen Teil rhetorischen Strategien er und seine Gegner einsetzen, um den medialen Krieg eskalieren oder deeskalieren zu lassen. Eine punktuelle Untersuchung ausgewählter Verhandlungsschritte von Glaubwürdigkeit und Vertrauen in einem Rahmen allgemeiner Entwicklungen soll helfen, wesentliche Strategien und Funktionen der Diskussion in den USA nachzuvollziehen.

Bushs Rede in Cincinnati am 7. Oktober 2002 ist deswegen von großem Interesse, da sie sehr ausführlich die meisten Informationen über die Bedrohung durch den Irak in geballter Form vor die amerikanische Öffentlichkeit bringt, die später häufig wiederholt, aber auch heftig kritisiert werden. Der Kontext von Bushs Rede am 7. Oktober 2002 war für die Glaubwürdigkeit eines ‚worst case‘-Szenarios hilfreich. Seit 1998 waren keine Inspektionen im Irak erfolgt und daher herrschte eine große Unsicherheit über dessen MVW, die in den Vereinten Nationen zu einer Diskussion um die Wiederaufnahme verschärfter Inspektionen und der letzten Chance zum Nachweis der Abrüstung führte, wie am 8. November 2002 in der Resolution 1441 festgeschrieben. Wie oben skizziert, brachte eine leichte Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung die Terroranschläge vom 11. September 2001 mit Saddam Hussein in Verbindung (Solomon/ Erlich 2003, 64) und befürwortete einen Krieg gegen Saddam Hussein, weshalb Pollack zufolge ein günstiges öffentliches Klima für einen Militäreinsatz herrschte (Pollack 2002, xxiii). Daher kann man davon ausgehen, dass Bushs Bedrohungsszenario auf viele offene Ohren stieß. Wenn man eine Meinung teilt, steigt die Einschätzung der Glaubwürdigkeit des anderen (Nawratil 1997, 157). Außerdem drückten eine satte Mehrheit von 70 Prozent der Befragten ihr Vertrauen in George Bushs Charakter und Kompetenz aus, weil er ehrlich sei und eine internationale Krise meistern könne (Jacobson 2003, 218). Bush hielt seine Rede im Vorfeld der Entscheidung im Kongress über seine Ermächtigung zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak, die mit einem großen Medienecho rechnen und daher die Abstimmung beeinflussen konnte.

Er verknüpft den Irak, MVW und Terrorismus: Saddam Hussein bedrohe die USA direkt und indirekt, indem er MVW produziere, gegen Amerika einsetzen und feindlichen Terroristen zur Verfügung stellen könnte. Die Rede ist rhetorisch perfekt strukturiert. Die Einleitung umreißt die Geschichte der Bedrohung durch den Irak, den Terroranschlag am 11. September 2001 und Amerikas Entschlossenheit, die Welt gegen diese Bedrohung zu führen („confront“). Bush führt einen allgemeinen Konsens über die Forderung nach Abrüstung ins Feld

und stellt als entscheidende Frage, wie diese zu erreichen ist. Der Hauptteil besteht darin, eine Reihe legitimer Fragen vieler Amerikaner zum Ausmaß der Gefahr, der Dringlichkeit des Handelns und der Verbindung zwischen der irakischen Entwicklung von MVW und dem Krieg gegen Terror einzuräumen. Es wird suggeriert, alle Zweifel ernst zu nehmen, nur um sie in einer Serie von Antworten mit vielen Wiederholungen auszuräumen. Daher nimmt der Hauptteil weniger die Form der Diskussion gleich gewichteter Stimmen ein, sondern die Form eines Lehrdialogs, der aber gleichermaßen auf die Überzeugung wie die Emotionen des Publikums ausgerichtet ist. Die Schlussfolgerung appelliert an nationale Affekte und lautet konsequenterweise, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die USA nach allen vergeblichen Bemühungen neue Wege und harte Mittel finden müssen, um den Irak nun zum Abrüsten zu zwingen.

Die Präsentation des Selbst und der anderen polarisiert deutlich in „us“ und „them“. Der Präsident spricht für die Regierung, Amerika und ein verallgemeinertes wir, das die Bedrohung anerkennt und Mitglieder beider Parteien im Kongress, Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, die Koalition derjenigen, die gegen den Irak zu kämpfen bereit sind und die ‚zivilisierte Welt‘ (gegenüber den ‚Barbaren‘) einschließt. Dagegen stehen einzig Terroristen sowie Saddam Hussein und der Irak beziehungsweise die irakische Regierung im Gegensatz zur Bevölkerung. Auf ambivalente Weise zwischen „us“ und „them“ befinden sich „some“, die das Gefährdungspotenzial durch Saddam und die akute Notwendigkeit zu handeln noch nicht sehen, die aber in der Rede weitgehend nur durch Fragen und kaum durch Argumente repräsentiert werden.

Die einzelnen Argumente sind in eine doppelte Erzählung eingebettet. Eine Erzählung zeigt die eindeutige und für sich genommen plausible Geschichte des zwölfjährigen irakischen Fehlverhaltens, die sich von der Vergangenheit bis in die Gegenwart erstreckt und für die Zukunft dasselbe oder Schlimmeres erwarten lässt. Die Handlungsstruktur dieser Geschichte folgt der Entwicklung vom Zirkel der wiederholten Gewalt und Täuschung zur Spirale der Bedrohung durch den Irak, der im Diktator Saddam Hussein personifiziert wird. Demgegenüber steht die Geschichte der USA, die in den heißen Kriegen wie im Kalten Krieg immer der Anwalt der Unterdrückten gegen die Brutalen und Gesetzlosen gewesen seien, und die nun auf der Seite des irakischen Volkes gegen seine Unterdrücker im eigenen Lande stünden: Hier findet sich eine zirkuläre Geschichte des permanenten Kampfes der Moral gegen die Willkür. Die siegreiche Geschichte der USA stellt sich aber auch als linearer Fortschritt der Freiheit und Menschlichkeit dar, der allerdings implizit auf dem Spiel steht, weil die Bedro-

hung bekämpft werden muss, bevor sie zu stark wird (und die Macht des Guten zu besiegen droht).

Wie die Erzählung bedient sich die Präsentationsweise zweier zentraler rhetorischer Mittel, der Wiederholung und der Steigerung. Bush stärkt den Eindruck der eigenen Kompetenz und Sicherheit durch die wiederholte Betonung des eigenen Wissens („we know“) und der Beweise („evidence“), die den Amerikanern vorlägen. Er stützt seine Aussagen gelegentlich explizit auf nicht-amerikanische Quellen, wie Mitarbeiter der UN und Experten aus dem Irak, die geflohen waren. Bush hebt immer wieder auf die Steigerung der Gefahr ab („growing“, „worse“, „even worse“, „worst“).

Details veranschaulichen Bushs rhetorische Argumentation: In der Vergangenheit habe der Irak MVW produziert und gegen den Iran und die eigene Bevölkerung eingesetzt, das eigene Volk unterdrückt, Kuwait überfallen, Terroristen unterstützt, die Sanktionen durch illegalen Handel verletzt, Überwachungsflüge in der Flugverbotszone beschossen, die legitime und vollständige Verifikation der Abrüstung unterlaufen und die Inspektoren 1998 hinausgeworfen. Seit 1998 bis in die Gegenwart habe der Irak weiter MVW produziert. Bush führt seine Beweise auf die sichtbare Wahrheit von Überwachungsfotos und genau zählbare und überprüfte Fakten zurück: Informationen über Know-how, Art, Zahlen und Mengen von Produktionsmitteln und -stätten, von Waffen, biologischen, chemischen, nuklearen Grundstoffen und fertigen Kampfstoffen, ballistischen Raketen, bemannten und unbemannten Fluggeräten für chemische und biologische Kriegführung und auf den versuchten Ankauf von Aluminiumröhren und Uran.

Die Geschichte habe die „Natur“ Saddam Husseins und seines Regimes gezeigt, das tyrannische, gnadenlose, mörderische, waffensüchtige, aggressive und feindliche Wesen. Auf der Grundlage dieses Wissens und der Geschichte entwirft der Präsident die künftige Bedrohung der Welt und vor allem der USA durch MVW. Am ausführlichsten stellt Bush die nukleare Bedrohung dar. Die Argumentation steigert sich von der kognitiven Ungewissheit der körperlichen Unsicherheit zur verunsichernden Sicherheit der Bedrohung. Sie spricht zunächst rationale Argumente an, das *Logos* nach der Rhetorik, und dann die Gefühle des Publikums, das *Pathos*. Auf die Frage, wie nahe Hussein am Bau einer Nuklearwaffe ist, antwortet Bush: „Well, we don't know exactly, and that's the problem.“ Er führt als implizite Analogie der Zukunft und damit als noch unausgesprochene Begründung für einen Krieg an, dass der Irak schon 1993 eine Atomwaffe hätte haben können, wäre der Golfkrieg 1991 nicht verloren gegangen. Er nennt weiterhin angebliche Beweise für die Wiederaufnahme des Pro-

gramms und die Möglichkeit, dass der Irak hoch angereichertes Uran in die Hände bekommt und innerhalb eines Jahres (!) eine Atombombe baut. Dadurch verkürzt er den Handlungsspielraum seines historischen Beispiels, nach dem der Golfkrieg dem Irak zwei Jahre zuvorgekommen wäre. Er fährt fort: „Knowing these realities, America must not ignore the threat gathering against us. Facing clear evidence of peril, we cannot wait for the final proof – the smoking gun – that could come in the form of a mushroom cloud.“ Er weckt die Assoziation zeitlich und räumlich dringender Gefahr, die durch das Bild des Atompilzes und die Erinnerung an die Schrecken von Hiroshima plastisch wird, die nun den USA in der Kubakrise drohten:

„As President Kennedy said in October of 1962: ‚Neither the United States of America, nor the world community of nations can tolerate deliberate deception and offensive threats on the part of any nation, large or small. We no longer live in a world,‘ he said, ‚where only the actual firing of weapons represents a sufficient challenge to a nations security to constitute maximum peril.‘“

Bush beruft sich nicht nur auf den Mythos von Präsident Kennedy und dessen erfolgreicher Bewältigung der Kubakrise, sondern rückt über den impliziten Vergleich zur damaligen realen Gefahr die mögliche nukleare Bedrohung des Irak in unmittelbare Nähe. Das prestigeträchtige Zitat von Kennedy erscheint im Nachhinein Modell bildend für Bushs Handeln. Auf die rhetorische Frage, ob es Sinn mache, mit der ‚Konfrontation‘ zu warten, bis die Gefahr noch stärker sei, antwortet Bush selbst, dass Warten die riskanteste Option sei und allen Beweisen widerspreche.

Die Gefahr wird durch die abwechselnde Beschreibung und Verflechtung der nuklearen Bedrohung, dem 11. September und Verbindungen von Saddam Hussein zu Terroristen eindringlicher. Bush verweist auf Treffen mit namentlich genannten internationalen Terroristen (Abu Nidal, Abu Abbas) und hohen Mitgliedern von Al-Kaida, die auch im Bombenbau und der Herstellung von Chemiewaffen unterrichtet worden seien. Bush bewegt sich von der Parallele zur Wechselbeziehung zwischen dem Irak und dem Terror über MVW. Es gäbe einen „link between Iraq developing weapons of terror and the wider war on terror (...) Saddam Hussein is harboring terrorists and the instruments of terror, the instruments of mass death and destruction. And he cannot be trusted. The risk is simply too great that he will use them, or provide them to a terror network.“ Vertrauen kann in diesem Zusammenhang nur als unverantwortlich hohes Sicherheitsrisiko erscheinen. In seiner Forderung nach einem beschönigend

formulierten ‚Regimewechsel‘ weiß sich Bush mit Clinton einig und minimiert dadurch die Möglichkeit parteipolitisch motivierter Opposition.

Am Ende seiner Rede fordert Bush eine neue, strenge Resolution des UN-Sicherheitsrats mit unmittelbar und bedingungslos zu erfüllenden Anforderungen, die einen Monat später als Resolution 1441 verabschiedet wurde. Er kehrt den Handlungsdruck, unter dem die USA und die UN stünden, gegen den Irak: Dieser habe wenig Zeit für die letzte Chance, sich vollkommen den Bedingungen des UN-Sicherheitsrates zu unterwerfen. Er unterstreicht die Glaubwürdigkeit seiner Drohung durch die Warnung des Irak vor dem Einsatz von MVW im Ernstfall mit der Vorwegnahme der Entscheidung des Kongresses über den militärischen Einsatz: „America speaks with one voice [so wie er in dieser Rede beansprucht, für Amerika zu sprechen, M.M.] and is determined to make the demands of the civilized world mean something.“ Unter der Hand nimmt Bush vorweg, dass die wenigen Bedenkenräger („some ask“) überzeugt seien und ihm zustimmen.

Am Ende spielt Bush noch einmal die nationale Trumpfkarte, die er schon während seiner Rede immer wieder angezogen hat, indem er sich auf die Gründungsväter und vor allem auf die Gründungsprinzipien und gemeinsamen Werte, also das *Ethos* Amerikas beruft: Wahrheit, Friede, Freiheit, Hoffnung, Menschenrechte, Würde, Fortschritt, Wohlstand, Selbstbestimmung, Sicherheit, Verantwortung, Entschiedenheit, moralische Führung, Macht, Einsatz- und Opferbereitschaft, Mut und Siegesgewissheit. Er schließt in rhythmisch harmonischen, dreigliedrigen Satzteilen mit anaphorischer Wiederholung des Selbstbezuges am Anfang und des Fremdbezuges am Ende:

„Like other generations of Americans, we will meet the responsibility of defending human liberty against violence and aggression. By our resolve, we will give strength to others. By our courage, we will give hope to others. And by our actions, we will secure the peace, and lead the world to a better day. – May God bless America. (Applause.)“

Bush betont die Verantwortung und die missionarische Führungsrolle Amerikas in der Welt, die nicht nur Werte verteidige, sondern auch entschieden handle, um die Welt zu bessern. Damit bekräftigt er den großen amerikanischen Glauben an das eigene Idealbild als *die* starke, *die* außergewöhnliche und *die* führende Nation in der Welt (vgl. Moss 2003, 137). Dass „actions“, die den Frieden sichern sollten, im Falle des militärischen Eingreifens auch eigene Stärke, Gewalt und Aggression gegen andere bedeuten, fällt unter den Tisch. Machtpolitische oder wirtschaftliche Gründe („Blut für Öl“) blendet der Präsident vollkommen aus. Damit beruft sich Bush in schöner amerikanischer Tradition auf selbstlose

Friedens- und Freiheitsmissionen. Bush wirkte so glaubwürdig, dass er sogar einen absoluten Gegner der Republikaner, Al Franken, von der akuten Gefahr überzeugte und dieser die Botschaft weiter verbreitete, was ihm im Nachhinein äußerst peinlich war (Franken 2003, 344-345).

Die Rede ist selbst ein ausgezeichnetes Beispiel für eine eskalierende Verhandlung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen: Saddam wird jegliches Vertrauen abgesprochen; wer ihm dennoch vertraue, riskiere sein Leben. Die Behauptungen des Irak, über keine MVW zu verfügen und keine zu bauen, erscheinen angesichts der massiven ‚Beweise‘, dem ‚Wesen‘ und ‚der Geschichte‘ vollkommen unglaubwürdig. Umgekehrt zeichnet sich die amerikanische Position durch ihre moralische Integrität, Kompetenz und historische Konsistenz als absolut glaubwürdig und vertrauenswürdig. Die Rede demonstriert die Glaubwürdigkeit des Misstrauens gegenüber dem Irak. Sie dürfte die Meinung der Mehrheit bestärkt haben, dass der Irak und der Terror zusammenhängen und militärisch bekämpft werden müssen, und einen Teil der Minderheit zumindest verunsichert haben.

Es dürfte nicht verwundern, dass im Rahmen dieser Eskalation des Misstrauens der Irak die spiegelbildliche Gegenposition übernimmt. Als Beispiel diene hier der Brief des irakischen Außenministers Nadschi Sabri vom 13. November 2002 an den Generalsekretär der UN, Kofi Annan, über die Annahme der Resolution 1441 vom 8. November 2002. Der Iraker dokumentiert sein Misstrauen gegenüber den USA und versucht, eigene Glaubwürdigkeit herzustellen. Er bezichtigt die USA der offenen Lüge und der Täuschung ihres eigenen Volkes und der gesamten Öffentlichkeit (ebd. 111). Er hält die USA für einen Repräsentanten der Gier, des Bösen, der Bedrohung, Ungerechtigkeit, Aggression und Tyrannei (ebd. 108-9) in Komplizenschaft mit dem „hassenswerten Zionismus“ (ebd. 109). Sabri bittet um die Überprüfung der eigenen Behauptung, seit 1998 keine MVW hergestellt zu haben (ebd. 108, 110) und verspricht die Widerlegung der Verdächtigungen. Er fordert sozusagen Inspektionen als vertrauensbildende Maßnahme des Irak, bezweifelt aber gleichzeitig das alleinige Ziel der Überprüfung von MVW (ebd. 110) durch die äußerst scharfe Resolution 1441. Er kündigt eine sehr detaillierte und umfangreiche Dokumentation der irakischen Abrüstung an. In Übereinstimmung mit UN-Resolutionen befürworte der Irak die Abrüstung der MVW im gesamten Nahen Osten, einschließlich Israels und des Iran (ebd. 109, 111). Er spricht sich für Gerechtigkeit aus und gegen zweierlei Maß bei der Beurteilung des Irak und Israels (ebd. 111). Wie die USA verallgemeinert der Irak die eigene Position, wenn Sabri die Furcht vor dem Vertrauens-

verlust der UN artikuliert, falls sie einseitig mächtigen Interessen diene (ebd. 109). Im Gegensatz zu den „schändlichen“ USA beansprucht der Irak selbst die Position der Moral, im „Vertrauen auf Gott“ (ebd. 109) für Wahrheit, Stabilität, Fairness, Gerechtigkeit, Völkerrecht und für „Frieden, Freiheit und Zusammenarbeit zwischen den Völkern“ (ebd. 110) einzutreten. Zum Verwechseln ähnlich sind Bushs und Sabris Anspruch auf Würde, Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität des irakischen Volkes. Ähnlich wie Bush konstruiert Sabri eine freiheitliche und fortschrittliche Geschichte des irakischen Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus und droht mit opferbereitem Kampf im Notfall (ebd. 111-112).

Der Brief zielt weniger auf das eigene Volk (wie Bushs Rede) als auf einen emotionalen Appell an die Gerechtigkeit der UN. Er will nicht überzeugen: Fakten und Details fehlen. Während die umgekehrten Konstruktionen der Selbst- und Fremdbilder des Irak und der USA einander sehr ähnlich sind, ergeben sich selbstverständlich Unterschiede der Themen und Geschichten. Sabris Brief spricht nur über die MVW, nicht den Terror, den er unter Umständen einfach unter amerikanischen Lügen verbucht. Mit Gier und Aggression spielt er auf das Thema ‚Blut für Öl‘ an, das er allerdings im Fall Kuwaits als eigenes Problem ignoriert. Ebenso fehlt jeder Hinweis auf den Krieg gegen den Iran, die Unterdrückung des eigenen Volkes und der jahrelange Widerstand gegen die UN-Inspektionen. Kolonialismus und Imperialismus erscheinen hier als Aggression der anderen und sprechen an, was Bushs idealisierende Motive ausblenden, nämlich wirtschaftliche und strategische ‚Interessen‘ der USA für ein ‚Eingreifen‘ im Nahen Osten (vgl. Ehrke 2003, 21). Schließlich thematisiert Sabri einen weiteren blinden Fleck in Bushs Rede: das israelische und iranische Gefahrenpotenzial. Hier demoniert Sabri den amerikanischen Anspruch auf Gerechtigkeit und Rechtmäßigkeit und sieht die Sicherheit und die Position des Irak im Machtgefüge des Nahen Ostens bedroht.

Unter dem Vorzeichen absoluten Misstrauens dürfte die irakische Position kaum einen Eindruck auf Amerikaner gemacht haben. Der Kongress übernahm am 10. Oktober 2002 voll und ganz Bushs Argumentation und ermächtigte ihn zum Militäreinsatz, wenn nach der Entscheidung des Präsidenten diplomatische und friedliche Mittel die USA nicht mehr angemessen vor der Bedrohung durch den Irak schützen können (Ermächtigungsresolution 2002, 96). Er beruft sich dabei auf sein bereits am 14. August 1998 gefälltes Urteil, dass die MVW-Programme des Irak die vitalen Interessen der USA und die internationale Sicherheit bedrohen, und auf das Gesetz, den Sturz des irakischen Regimes zu unterstützen (Ermächtigungsresolution 2002, 94-95).

Die Reden zur Lage der Nation sprechen die Öffentlichkeit breit und wirksam an. Bushs Rede zum „State of the Union“ am 28. Januar 2003 vor dem Kongress macht keine Ausnahme. Bush rüstet rhetorisch auf und bettet die Gefahr durch den Irak in den („erfolgreichen“) Kampf gegen den Terror ein. Nach einem Katalog innenpolitischer Leistungen seiner Regierung geht der Präsident auf den internationalen Kampf gegen Aids ein, was er als Naturkatastrophe parallel zum menschlichen Bösen stellt: „This nation can lead the world in sparing innocent people from a plague of nature. And this nation is leading the world in confronting and defeating the man-made evil of international terrorism. (Applause.)“ Bush bewegt sich vom Schutz der Unschuldigen zum Kampf gegen Schuldige. Die Analogie der weltweiten Plage und des weltweiten Bösen ruft biblische Motive von apokalyptischer Dimension auf, die so explizit in der Rede von Cincinnati noch nicht enthalten waren. Die Verhinderung einer angedeuteten Apokalypse (des Untergangs des Guten durch MVW) diene schon häufig zur Verschleierung militärischer Aktionen und zum Stimmenfang in der Bevölkerung (Raeithel 2002, 435). Im Wesentlichen macht Bush die Notwendigkeit des Kriegseinsatzes durch drei zusätzliche Argumentationsmuster plausibler, die den Krieg um die Glaubwürdigkeit des Irak eskalieren lassen:

1. *Vergleich mit unterschiedlichen und ähnlichen Beispielen:*

Bush befasst sich mit den Staaten der ‚Achse des Bösen‘ (Woodward 2003, 363). Im Iran würden die USA die vorhandenen Bestrebungen der Bevölkerung nach Freiheit unterstützen. Aber von Nordkorea hätten die USA eine Lektion gelernt, da es sich nicht durch Verhandlungen davon abhalten ließ, Nuklearwaffen zu bauen. Doch würden die USA in Zusammenarbeit mit anderen Nationen nach einer friedlichen Lösung suchen, während im Irak „eine noch größere Gefahr“ für die Region und die USA drohe.

2. *Verbreiterung und Verschärfung der Argumentation des Misstrauens:*

Bush betont Informationen durch „unabhängige“ Quellen wie die Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergiebehörde deutlicher. Er kontrastiert eigene Erkenntnisse über vorhandene MVW mit mangelnden Nachweisen der Abrüstung, zu denen der Irak verpflichtet war. Er spitzt das Problem auf Saddam zu und wiederholt fünfmal: „He’s given no evidence that he has destroyed it.“ Er betont mehrfach, dass Saddams Arsenal tausende, ja Millionen von Menschen töten können. Bush liefert doppeldeutige Botschaften: „If Saddam Hussein does not fully disarm, for the safety of our people and for the peace of the world, we will lead a coalition to disarm him.“ Diese Bedingung ist aber nach einer zweiten Aussage schon eingetreten, denn Sad-

dam habe die letzte Chance bereits verstreichen lassen. Colin Powell werde dies vor dem United Nations Security Council (UNSC) belegen. Damit hat Bush für sich schon entschieden, dass der Irak die Resolution 1441 nicht erfüllt hat, bevor der Bericht der Inspektoren vom Sicherheitsrat diskutiert wird, was nach der Ermächtigung durch den Kongress bedeutet, dass er militärisch vorgehen könnte.

3. *Stärkung der Selbstpräsentation:*

Bush beschwört, dass die amerikanischen Streitkräfte den Frieden wahrten, der ‚verteidigt‘ werden müsse, wenn ihnen der Krieg ‚aufgezwungen‘ werde: „We seek peace. We strive for peace. And sometimes peace must be defended. (...) If war is forced upon us, we will fight in a just case and by just means – sparing, in every way we can, the innocent.“ Diese Gleichung von Krieg und (= für) Frieden, Angriff und (= als) Verteidigung gleicht dem ideologischen *Doublespeak* von Orwells Roman 1984, das verbale (und reale) Oppositionen einebnet, zum Beispiel in dem Slogan „WAR IS PEACE“ (vgl. Rampton/ Stauber 2003, 114). Bush setzt einen Schlusspunkt, der den seiner Rede in Cincinnati bei weitem an religiösem Ethos und Pathos übertrifft. Er motiviert hier den missionarischen Eifer christlich und vermeidet vorsichtig die ‚Sünde‘ der Überheblichkeit, ohne auf nationale Selbstüberhöhung zu verzichten:

„The liberty we prize is not America’s gift to the world, it is God’s gift to humanity. (Applause) We Americans have faith in ourselves, but not in ourselves alone. We do not know – we do not claim to know all the ways of Providence, yet we can trust in them, placing our confidence in the loving God behind all of life, and all of history. May he guide us now. And may God continue to bless the United States of America. (Applause.)“

Amerika vertraut darauf, das gesegnete Instrument in Gottes Vorhersehung der Weltgeschichte zu sein. Damit schließt Bush an die Kreuzzugsrhetorik an, die er auch an anderen Orten für den Konflikt verwendet. Bereits 2002 schrieb der Sicherheitsexperte Kenneth M. Pollack mit großer Zustimmung, dass Amerikas aggressiver Rhetorik nun auch Taten folgen müssten, um Saddams Einhaltung der Resolution zu erzwingen (xxiv). Es wäre verfehlt, aus säkularer europäischer Sicht die religiöse Perspektive als vollkommen unglaublich abzutun, da sie an das Mittelalter erinnere. So weit ich sehe, kritisiert keiner der zahlreichen amerikanischen Gegner Bushs, auf die ich im Literaturverzeichnis verweise, die religiöse Selbstpräsentation der Nation, die auf eine lange politische Tradition im protestantischen Amerika zurückblickt.

Auf der Bühne der Vereinten Nationen präsentiert Colin Powell am 5. Februar 2003 ausführlich Zahlen, Bild- und Tondokumente, die die von Bush in der Rede von Cincinnati aufgeführten Argumente über MVW, Verbindungen zum Terror und die Verstöße gegen die Forderung der vollen Kooperation des Irak mit den Inspektoren glaubwürdig detaillieren sollen (United Nations Security Council 2003). Viele Vertreter der einzelnen Nationen sehen die Glaubwürdigkeit der UN auf dem Spiel stehen und werfen dem Irak mangelnde Kooperation vor, sprechen sich aber für weitere Inspektionen aus. Lediglich Syrien fragt nach der Überprüfung von Powells Informationen, leugnet eine Gefahr durch den Irak für seine Nachbarn, bezweifelt offen, ob die Kriegsoption eine sinnvolle und erfolgreiche internationale Konfliktregelung wäre und fordert vertrauensbildende Maßnahmen zwischen UN und Irak. Wie zu erwarten, spricht der Irak Powells Bericht die Wahrheit ab und sieht dessen Funktion darin, die Welt gegen den Irak zu mobilisieren. Er führt als Zeugen den Bericht von Dr. Blix an, der keine MVW fand, und reagiert auf Vorwürfe der Behinderung der Inspektionen mit dem Versprechen aktiver Kooperation und einem umfangreichen Bericht. Interessanterweise bezieht er sich aber auch auf Informationen des britischen Geheimdienstes, der keine Beweise für Verbindungen zwischen Saddam und der Al-Kaida kenne, und auf die *New York Times*, dass Mitarbeiter des CIA die Regierung beschuldigten Berichte aufzublasen, um Stimmen für den Krieg zu fangen. Auch wenn die Meinungen nicht offiziell im Forum der UN diskutiert wurden, deutet sich hier eine Wende in der Agenda des Misstrauens an, die zwar den Irak nicht aus den Augen lässt, aber stärker als 2002 die Regierung der USA in den Blick nimmt.

Die amerikanische Öffentlichkeit war für den Krieg gegen Terror, aber deswegen nicht automatisch gleich für einen Krieg der USA gegen den Irak, sondern für die ordnungsgemäße Beendigung der Inspektionen, das Ausschöpfen diplomatischer Mittel und einen international koordinierten Militäreinsatz (Jacobson 2003, 220-221). Der Krieg ist die Fortsetzung des Misstrauens mit anderen Mitteln. Dabei misstraute die Regierung der USA nicht nur dem Irak, sondern auch den Medien und der eigenen Bevölkerung, indem sie die Berichterstattung durch „embedded journalists“ und so die Meinung der Öffentlichkeit zu kontrollieren versuchte.

5. Die Eskalation der Glaubwürdigkeitsfrage Bushs

Die wichtigsten Worte im Repertoire von Bushs Gegnern sind Lüge und Täuschung. Die Lüge kennzeichnet die absichtliche Behauptung eines Sachverhaltes, von dem der Sprecher weiß, dass er nicht wahr ist. Täuschung ist ein flexiblerer Begriff, der auch Halbwahrheiten, Implikationen, Mehrdeutigkeiten und so weiter umfassen kann, die falsche Eindrücke oder Schlüsse nahe legen. Allein schon die Behauptung, geschweige denn der Nachweis einer Lüge kann die Glaubwürdigkeit schwer beschädigen. Von Interesse dürfte sein, dass unterhaltsame Polemiker wie Michael Moore, Al Franken, und Joe Conason im Wesentlichen die gleichen Argumente und viele ähnliche Quellen wie den romanhaft schreibenden James Bamford aus dem Bereich des Infotainment und informative Medienkritiker wie Norman Solomon, Reese Erlich, Sheldon Rampton und John Stauber vorbringen. Offenbar spricht die Medienindustrie gezielt differenzierte Bedürfnisse in einem breiten Markt an.²

Der prominenteste unter Bushs Gegnern, Michael Moore, demontierte frühzeitig die Selbstpräsentation des mächtigsten Mannes der Welt durch die Gegen Geschichte eines unfähigen (ex-)Alkoholikers, der nur durch Beziehungen und Wahlbetrug ins höchste Amt der Vereinigten Staaten gelangte (2001, 1-28). Im Zusammenhang mit dem 11. September sind ihm die Beziehungen Bushs zur Familie bin-Laden und zu den Saudis äußerst suspekt (2003, 1-40). Er entlarvt reihenweise „Lügen“, die die Regierung über den Irak und durch die Medien aufgetischt habe (2003, 41-84). Trotz seiner polemischen und eindeutig parteiischen Satire können seine Behauptungen, die er mit öffentlich zugänglichen Quellen dokumentiert, nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Auf der Webseite <http://www.moorewatch.com> nehmen seine Gegner jedoch jede seiner zum Teil unpräzisen Aussagen genau unter die Lupe, weshalb sie ihn umgekehrt der Lügen bezichtigen, ohne selbst unbedingt glaubwürdig zu sein. Das Misstrauensspiel um die politische Meinungsbildung setzt sich also jenseits der horizontalen politischen wie medialen Personen und Institutionen (also auf gleicher Ebene) potenziell unendlich im vertikalen Bereich fort, da individuelle Rezipienten ebenfalls Kommunikatoren sind und besonders über das Internet die Öffentlichkeit erreichen können.

2 Wo nicht anders angegeben, beruht die folgende Darstellung der gesamten kritischen Argumente auf Ritter 2002, 24-54; Conason 2003, 190-212; Rampton/ Stauber 2003, 81-103; Solomon/ Reese 2003, 44-105; Bamford 2004, 288-377 und Leyendecker 2004, 123-174.

Um ihre eigene Glaubwürdigkeit gegen Vorwürfe der einseitigen Parteinahme zu stützen, betonen Kritiker von Bushs Irakpolitik meist ausdrücklich, dass sie Saddam Hussein eindeutig für einen aggressiven und gefährlichen Diktator halten, der die UN jahrelang täuschte, MVW herstellte und anwendete. Jedoch bezweifeln sie Bushs drei zentrale Behauptungen und argumentieren: Saddam stelle aktuell keine direkte und unmittelbare Bedrohung der USA dar, verfüge (noch) über keine, wenige oder unbrauchbare MVW beziehungsweise deren Produktionsmittel und unterhalte keine relevante Verbindungen zur Al-Kaida. Die Argumente zielen auf den Logos und das Ethos Bushs und seiner Quellen:

1. Die meisten Behauptungen seien unglaubwürdig, da die angeblichen Beweise und Quellen zweifelhaft oder falsch sind.
2. Bush und die Geheimdienste seien unglaubwürdig, weil sie bewusst zweifelhafte oder falsche Informationen verwendeten, um den Krieg zu legitimieren, der persönlichen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen diene.

Die Kritiker verwenden die bekannten Strategien der Demontage der Geschichte, der Kompetenz und der Argumentation der Gegner im Kontrast zur Konstruktion der eigenen Version, Fähigkeit und Begründungsweise.

Bushs Kritiker hinterfragen dessen selektive und ‚verfälschende‘ Version der amerikanischen und der irakischen Geschichte und entwerfen eine Gegenversion. Diese beginnt mit der amerikanischen Unterstützung des Irak im Kampf gegen den Iran und der Lieferung von Produktionsmitteln für MVW. Die USA haben Saddam Hussein noch unterstützt, nachdem er diese Waffen bereits eingesetzt hatte, da die Regierung sogar 1988 Forderungen nach Sanktionen gegen Saddam zu Fall brachte. Der Irak hat nicht einfach grundlos die Inspektoren 1998 des Landes verwiesen, sondern diese seien nach einem Streit um die Regeln der gerechten Verifikation abgezogen worden, und um die Inspektoren vor amerikanischer Bombardierung zu schützen. Unter der klaren amerikanischen Zielsetzung des Regimewechsels musste der Irak verständlicherweise besonders misstrauisch gegenüber Spionagetätigkeiten sein. CIA-Agenten unter den Inspektoren haben die Inspektionen gelenkt (Ritter 2002, 72), sensible Daten ausgespäht und so die Sicherheit des Irak bedroht. Umgekehrt ergibt sich keine Geschichte eines konsistenten Verhaltens des Irak: Saddam habe nach 1998 keine MVW mehr gebaut, nicht oder nicht nennenswert gegen die Auflagen des UN-SC verstoßen und stelle keine nachweisbare Bedrohung der USA dar.

Schließlich hat, wie oben bereits skizziert, eine PR-Kampagne auf den Krieg eingestimmt, der auch unabhängig des Ergebnisses der Inspektionen geführt worden wäre.

Im Zusammenhang mit der Geschichte der Inspektionen und ihrer Unterbrechung von 1998-2002 diskreditieren die Kritiker das Wissen und die Kompetenzen der Regierung und ihrer Informanten. Nach 1998 sind ohne Inspektionen vor Ort keine zuverlässigen Informationen über die Programme des Irak erhältlich. Glaubwürdige Experten wurden absichtlich selektiv zitiert, unglaubwürdigen vertraut, weshalb die meisten Beweise des Waffenbesitzes und der Waffenproduktion unglaubwürdig sind. Hussein Kamel, Leiter der irakischen Waffenproduktion, der nach Jordanien floh, gab einerseits – wie von Bush angeführt – die frühere Produktion von MVW zu, sagte aber auch eindeutig und wiederholt, dass alle MVW vernichtet seien, was Bush verschweigt. Umgekehrt ist Khidhir Hamsa kein relevanter und glaubwürdiger Experte, da er vom CIA und den Medien bezahlt, vom Irak National Council gefördert werde und bereits 1995 geflohen ist, weshalb seine Informationen und sein Wert als Zeuge für gegenwärtige MVW im Jahre 2002 nicht aktuell sein können (Rampton/ Stauder 2003, 87-88). Der angebliche britische Geheimdienstbericht über den Ankauf von Uran im Niger hat sich bereits früh als Fälschung von Autorität und Plagiat aus der Feder der Presseabteilung Tony Blairs herausgestellt.

Die Informationen über vorhandene aktuelle Waffenprogramme, Produktionsmittel und MVW seien unglaubwürdig und nicht nachweisbar. Zwar verfügt der Irak noch über das Know-how, aber unterhält keine Massenvernichtungswaffenprogramme. Zwar hat der Irak früher Inspektionen behindert, doch verfügt er den Inspektoren zufolge über keine oder keine nennenswerten Zahlen von Waffen oder Produktionsmitteln mehr, keine oder kaum funktionsfähige ballistische Raketen, keine für den biologischen oder chemischen Krieg geeignete oder umgerüstete, bemannte wie unbemannte, Flugzeuge. Die von Bush angeführten Beweise beruhen auf nicht gesicherten Daten und Fakten. Der Irak hat keine Möglichkeit, mit den vorhandenen Waffen direkt die USA zu bedrohen, keine Produktionsmittel für MVW erworben und keine Produktionsstätten aufgebaut. Schließlich hat der Irak in der Tat keine MVW im Krieg gegen die USA eingesetzt.

Von liberalen Kritikern bis zum Falken Pollack halten es die meisten Kommentatoren für vollkommen abwegig, dass der säkulare Saddam Hussein, ein erklärter Gegner religiöser Islamisten im Iran wie im eigenen Land, Verbindungen zur Al-Kaida unterhält. Unterfüttert wird das Misstrauen gegenüber Bushs Glaubwürdigkeit durch Hintergrundinformationen über lange zurückliegende

Entscheidungen für einen ‚Regimewechsel‘ im Irak und über die PR-Kampagne seitens der Think Tanks und der Regierung, die Bushs zentrale Argumente für einen Krieg gegen den Irak ab Herbst 2002 bis zum Kriegsbeginn am 17. März 2003 beständig auf die Tagesordnung öffentlicher Medien setzte. Bush hat so viel innen- und außenpolitisches Kapitel in den Regimewechsel und in den Krieg investiert, dass nicht zu handeln das Vertrauen in den Präsidenten erschüttern würde (Pitt 2002, 2). Plausible Gründe für den Krieg dagegen sind die mögliche Bedrohung für Israel und die amerikanische Ölversorgung (Pollack 2002, 151-152). Die Kritik lässt kaum ein gutes Haar an Bushs Ethos, Logos und Pathos. Warum aber erfasst dieses Misstrauen nicht die ganze Nation? Der einzelne Bürger kann selbst weder die Fakten überprüfen noch etliche der Schlussfolgerungen. Der Vorwurf, dass Bush aus machtpolitischen Erwägungen Sachverhalte verfälscht, könnte prinzipiell ebenfalls seine Gegner treffen, die einen Machtwechsel in den USA anstreben. Die rhetorisch geschickt präsentierten Deeskalationsstrategien der Regierung nehmen den Gegnern den Wind aus den Segeln.

6. Deeskalationsbemühungen

Dem innenpolitisch wachsenden Misstrauen in die amerikanische Regierung begegnete Bush nach dem vorläufigen Ende der Kriegshandlungen und der Besetzung („Befreiung“) des Irak mit folgenden Strategien und Maßnahmen zur Eindämmung des Misstrauens:

1. Bemühen um die retrospektive Stützung der eigenen Argumente durch Experten der amerikanischen Iraq Survey Group.
2. Defokussierung der Glaubwürdigkeitsverhandlungen: Eine selbst eingesetzte Kommission überprüft nicht die Arbeit der Regierung, sondern die der Geheimdienste. Das Weiße Haus konzentriert die Diskussion auf die Glaubwürdigkeit der Quellen, der Rhetorik und indirekt der Journalisten.
3. Verschiebung der Begründung des Krieges von den MVW und den Terrorverbindungen auf die Befreiung des Volkes und der Region vom Tyrannen (Brody 2003, 243-244).

Die USA ersetzen die UN-Inspektionen durch die ihrer eigenen Iraq Survey Group. Die Prüfung der Informationen über die MVW erfolgt also vor Ort innerhalb des Systems Wissenschaft. Andere Experten suchen nicht nur einfach weiter nach MVW, sondern kontrollieren das Wissen und die Interpretationen

der UN-Inspektoren. Dieses Vorgehen spricht für das Misstrauen der Regierung gegenüber den Inspektionen unter Dr. Blix, der nach der heißen Phase des Krieges in einem Interview mit der BBC vermutete, dass die USA den Krieg auch ohne den Nachweis von MVW führen wollten (Office of the Press Secretary 2003a). Bushs Pressesprecher Ari Fleischer ging zum Gegenangriff über. Er verweigert auf mehrfache Nachfrage von Journalisten in einer Pressekonferenz jeglichen Kommentar über die Glaubwürdigkeit von Blix und von UN-Inspektoren, griff jedoch Blix' Kritik der USA an. Stereotyp wiederholt er, dass eigene Inspektoren MVW aufspüren und vernichten sollen (Office of the Press Secretary 2003a). Nichts anderes hatten die UN vor. Dieses Wissen um das Misstrauen der USA in die (halbwegs) unabhängigen UN-Inspektoren schafft allerdings gleichzeitig Misstrauen in das Wissen der rein amerikanischen Organisation, die vor allem nach dem Krieg gar kein Interesse an fehlenden MVW haben kann: Misstrauen schafft Misstrauen. Gegenüber den UN-Inspektoren hat die Iraq Survey Group aber das Glaubwürdigkeitsproblem, letztendlich den Präsidenten zu legitimieren. Aber auch die Iraq Survey Group konnte – weder unter der Leitung von Kay bis zum Oktober 2003 noch unter der Duelfers bis heute – keine MVW finden.

Wegen der anhaltenden Kritik an den Kriegsgründen und an seiner Glaubwürdigkeit setzt Bush im Februar 2004 eine Untersuchungskommission ein, die Unabhängigkeit verspricht, jedoch die Aufmerksamkeit von der Regierung, vom Krieg und vom Irak weg auf die Geheimdienste lenkt: Die Kommission hat die Aufgabe, „to look at American intelligence capabilities, especially our intelligence about weapons of mass destruction“ (Bush 2004). In seiner Bekanntmachung gesteht Bush ein, dass einige Einschätzungen zu irakischen Waffenarsenalen falsch gewesen seien, aber dennoch laut David Kay von der Iraq Survey Group Husseins Waffenprogramme und Aktivitäten Resolutionen verletzt hätten, womit er indirekt seine Kriegsentscheidung legitimiert. Er setzt auf die akkurate und gründliche Informationsrecherche durch die professionellen Geheimdienste in der Zukunft und „bestätigt“ durch die Untersuchung, dass die Politik willens und fähig ist, die Glaubwürdigkeit ihres Wissens zu überprüfen. Daher kann der Regierung vertraut werden, dass sie alles daran setzt, stets zuverlässige Informationen zu erhalten. So werden die Bedenken der Kritiker geradezu umgekehrt, dass nämlich politischer Druck auf die Geheimdienste ausgeübt wurde, um Krieg begründende Informationen zu erhalten, beziehungsweise dass sich die Regierung über geheimdienstliche Bedenken der Glaubwürdigkeit von Informationen und Informanten hinwegsetzte. Die Regierung hat damit einen perfekten PR-Coup gelandet: die Argumente, die das Misstrauen

der anderen in die Regierung begründen, werden geradezu umgedreht und als eigene vertrauensbildende Maßnahme verkauft.

In den Pressekonferenzen vom 18. und 22. Juli 2003, auf die sich die folgenden Informationen stützen, wird das Misstrauen in die Geheimdienste entschärft (Office of the Press Secretary 2003a, 2003b). Die Pressesprecher entpersonalisieren weitgehend mögliche Fehlentscheidungen und verweisen auf komplexe Informationsverarbeitungsprozesse mit vielen beteiligten Personen und Diensten, die aber mehrheitlich die Einschätzungen der Lage geteilt hätten. Um das angekratzte Organisationsvertrauen in die Geheimdienste wieder herzustellen, werden die kritisierten Probleme zu Einzelfällen heruntergespielt und beschwichtigend eingeräumt. Der Pressesprecher betont, dass erst die Untersuchungen nach dem Krieg die Fehleinschätzungen offen gelegt hätten. Wiederholt verspricht er die intensive Arbeit an der Verbesserung der Informationsprüfung und internen Zusammenarbeit. Die Kritiker erhalten dadurch implizit die positive Rückmeldung, dass ihr Misstrauen letztendlich zur Stärkung künftiger Glaubwürdigkeit der Geheimdienste führt. Sogar Tenets Glaubwürdigkeit wird gerettet, da der Direktor des CIA sozusagen nur den Kopf für andere hinhalte. Die formelle Verantwortung und deren Sanktion sollen den Weg für künftiges Vertrauen frei machen.

Die Pressekonferenzen rechtfertigen Bushs Reden in Cincinnati und zur Lage der Nation: Die Reden zielten auf die Unterrichtung („education“) der Öffentlichkeit über die Gefahr für das amerikanische Volk, wodurch der Pressesprecher implizit die Täuschung oder Mobilisierung der Öffentlichkeit negiert. Regierungsvertreter antworten auf Kritik an Informationen, Quellen, und der Glaubwürdigkeit der Regierung mit der Offenlegung ihrer Strategien der verbalen Glaubwürdigkeitskonstruktion in den Reden. Damit erscheint die Kritik an der mangelnden Glaubwürdigkeit als vollkommene Fehlinterpretation, welche die unschuldigen Absichten der Regierung verdreht: ‚Wir bemühen uns, unser Wissen durch die Nennung von Quellen glaubwürdiger zu präsentieren. Wir wollten den Fall nur gut erklären, und ihr kriedet uns unsere guten Absichten an‘ –

„we thought it would be much more credible, much more explanatory to the American people to explain how we knew these things. So when we did that, when we came to the conclusion that would be a much more effective way and more credible way of informing the public about the case, we asked the speechwriters to go fill in the sources“ (Office of the Press Secretary 2003a).

Die Pressesprecher diskutieren Glaubwürdigkeit eher als sprachliches Problem der Vermittlungsweise, keines der Prüfung des Wissens – womit die Regierung

die rhetorische Konstruktion von Glaubwürdigkeit bestätigt. Dabei geht es den Kritikern gar nicht um die Nennung, sondern die problematische Glaubwürdigkeit von Quellen, und um die Frage, ob und warum trotz großer Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Informationen und Quellen diese dennoch als ‚Beweise‘ aufgeführt wurden.

Die Antworten beschwichtigen: Die Regierung aber treffe keine Schuld, denn sie habe die Rede vom CIA verifizieren lassen. Wenn wir damals gewusst hätten, dass die Informationen nicht stimmen, hätten wir nicht behauptet, dass der Irak Uran und Zentrifugenröhren gekauft habe. Aber entscheidend sei, dass die kritisierten Aspekte nichts an der damaligen Richtigkeit der Entscheidung für den Krieg änderten, denn die fraglichen Argumente seien nicht zentral („key judgements“) gewesen. Sprich: Unter damaligen Bedingungen seien die Informationen und Quellen nach mehrheitlicher Meinung glaubwürdig gewesen, weshalb implizit die Regierung damals wie heute Vertrauen verdient. Wiederholungen bläuen die These ein: „there’s a compelling, comprehensive case of the WMD³ program (...) a clear and compelling case that Saddam Hussein was a threat to the American people (...)“, und die Zukunft werde es zeigen (Office of the Press Secretary 2003a). Deswegen sei der Präsident nach wie vor im Recht: „as the President has said on many occasions, the underlying evidence and the totality of evidence that he based his decision on was clear and compelling as it was then, as it is today“ (Office of the Press Secretary 2003b). Schließlich argumentiert der Sprecher im Zirkelschluss, dass die Antizipation der Kritik an der Rede ausschließe, dass überhaupt bewusst unglaubwürdige („discredited“), verdächtige oder gefälschte Informationen verwendet würden, um die gesamte Angelegenheit nicht zu Fall zu bringen. Das heißt, die mögliche Überführung des Lügners verhindert die bewusste Lüge – ein Argument, das zwar plausibel erscheint, aber jeder Erfahrung widerspricht. Die Zweifel der Journalisten an der Glaubwürdigkeit der Regierung kehrt diese gegen die Journalisten, da deren Fokus und Fragen nicht unbedingt Fairness und Unparteilichkeit bewiesen und auf Worten herumritten, statt Fakten zur Kenntnis zu nehmen: „the real failing [!] is that we’ve had a national discussion on 16 words, and it’s taken away from the fact that the intelligence case supporting concerns about WMD in Iraq was overwhelming“ (Office of the Press Secretary 2003b). Aber es geht eigentlich um die Legitimation und die Verantwortung für die Entscheidung zum Krieg. Durch diese Strategien entschärfte die Regierung die öffentliche Wirkung des Misstrauens.

3 WMD steht für Weapons of Mass Destruction (= MVW).

Wenn Bush auch wahrscheinlich skeptische Kritiker nicht unbedingt überzeugen konnte, wie zahlreiche Publikationen beweisen, so kann ihm auf der anderen Seite nicht mit absoluter Sicherheit nachgewiesen werden, dass er absichtlich log. Bush denkt gar nicht daran, Lügen, Vorurteile, die einseitige Interpretation von Daten oder ihre täuschende Vermittlung einzuräumen. Er dachte entweder genau das, was er sagte, oder er hielt sich an die Prinzipien der Konsistenz der Selbstpräsentation und der Kontinuität des Verhaltens, die beide persönliche Integrität versprechen und Vertrauen begründen (Luhmann 1989, 82). Im Rahmen des Vertrauenscredits (Luhmann 1989, 36-37), den auch Politiker genießen, dürften zahlreiche Amerikaner die Ungenauigkeiten oder Unwahrheiten in der Begründung des Krieges tolerieren oder sogar zweckrational billigen: ‚In einem dreckigen Krieg (gegen Terrorismus) muss man sich schon einmal die Hände schmutzig machen, wenn man ihn gewinnen will‘. Diese Einschätzung der möglichen Überzeugungskraft der Regierung darf nicht außer Acht lassen, dass es auch eine große Opposition des Misstrauens gegen die Regierung in den USA gibt.

7. Zynische Resignation oder neue Perspektiven?

Der Streit um die MVW zeigt in eklatanter Weise das Problem der Komplexität und Unsicherheit in modernen Gesellschaften, welches gerade Vertrauen notwendig macht: Für die einzelnen Bürger sind die Mengen und die Komplexität der Informationen selbst nicht überprüfbar und erfassbar. Ihre Aufmerksamkeit muss sich stärker auf die Vermittler und Vermittlung der Informationen richten, also auf die Fragen: Wer sagt was zu welchem Zeitpunkt in welcher Situation und welchen Medien auf welche Weise und aus welchen Gründen? Allerdings dürfte die Komplexität dieser Fragen gerade angesichts der Vernetzung von Politik, Wissenschaft und Publizistik für viele Bürger selbst wiederum eine große Herausforderung darstellen, da ihre Beantwortung ein hohes Maß an Zeit und medienkritischem Bewusstsein verlangt.

Der Streit um die MVW war jedoch mehr als nur ein gutes Beispiel für die Notwendigkeit von Vertrauen und Glaubwürdigkeit, denn er bietet ebenso eine Fallstudie für die negative wie positive Funktionalisierung des Misstrauens. In dem beschriebenen Prozess der Verhandlung von Glaubwürdigkeit eskalierte das wechselseitige Misstrauen, wie gezeigt, in so gut wie alle beteiligten Organisationen und Personen: in die Präsidenten, die Regierungen, die innenpolitische Opposition in den USA, den exil-irakischen Nationalkongress, die UN-Ins-

pektoren, die Geheimdienste, die einzelnen Medien, deren Kritiker und sogar in die Bevölkerung und deren Interessen und Meinungen. Die Eskalationsstrategien der amerikanischen Regierung beispielsweise fachten das Misstrauen gegenüber dem „Feind“ an, sicherten gleichzeitig das Vertrauen in die eigene Stärke und die eigene Führung und legitimierten schließlich den Krieg. So gesehen war die Akzeptanz dieses Spiels um Vertrauen und Misstrauen von existenzieller Bedeutung, denn es geht nicht nur um ungeheure Summen an Steuergeldern, sondern faktisch um Leben und Tod. Bushs Kritiker weckten Misstrauen in diese Strategie, nur um umgekehrt in den Verdacht der Unglaubwürdigkeit wegen parteiischer Interessen zu geraten. Die Verhandlungen um Glaubwürdigkeit und Vertrauen zeigen, wie differenziert Bushs Regierung und ihre Gegner jeweils eskalierende und deeskalierende Strategien einsetzten, um ihre eigene Glaubwürdigkeit zu stärken oder zu retten und die der anderen zu schwächen. Man könnte leicht zynisch werden und jeglichem Glauben und Vertrauen in Politik und Medien vollständig abschwören. Diese Haltung würde jedoch die Unsicherheit nur weiter erhöhen.

Steht denn hier das abstrakte Systemvertrauen in die Medien und die Politik vollständig in Frage? Zwar wird die Glaubwürdigkeit in allen Bereichen erheblich problematisiert, doch bedienen sich die Kritiker selbst wiederum der Mittel, die diese Systeme zur Verfügung stellen: der Möglichkeit systematischer Ermittlung von Wissen und Wahrheit, in schwächerem Maße ihrer glaubwürdigen Vermittlung, und in begrenzter Weise der Möglichkeit, die Legitimation von Entscheidungsmacht öffentlich einfordern und im Zweifelsfall horizontal (z.B. durch Untersuchungsausschüsse) und vertikal (durch Wahlen) sanktionieren zu können. Allerdings gibt es einige Unterschiede in der Art und Weise, wie diese Mittel zu welchen Zwecken verwendet werden.

Die notwendige und an sich legitime Selektion und Kombination von Fakten und Behauptungen diene der Regierung zur Eskalation eines Konfliktes und zum Ablenden von alternativen politischen Entscheidungen; den Gegnern diene sie jedoch dazu, Aufklärung beispielsweise über strategische Realpolitik zu betreiben und politische Entscheidungen offen zu halten. Die Regierung setzte neben der beständigen Wiederholung ihrer Thesen durch die Medien stark auf Pathos und Ethos, das Spiel mit dem Misstrauen und der Angst der Bevölkerung sowie mit dem Nationalgefühl des Vertrauens in den Mut und die Mission der USA unter ihrer Führung. Die Kritiker setzten auf Logos, die Kraft der Argumente, und entlarvten die Instrumentalisierung von Ethos und Pathos (auch wenn sie in ihrer Selbstinszenierung für sich Aufrichtigkeit, Moral und gerechtfertigte Entrüstung in Anspruch nahmen). Zwar muss eingeräumt wer-

den, dass Bush in den USA mit seiner Misstrauenskampagne gegen den Irak zu Hause einen breiten Erfolg hatte und die Kritik an seiner eigenen Glaubwürdigkeit recht gut parierte, doch richtete der angekündigte Krieg ohne UN-Mandat wohl mittel- und langfristig großen internationalen Flurschaden an. Zwar war eines seiner Argumente, den Vereinten Nationen durch konsequentes Handeln wieder zu Glaubwürdigkeit zu verhelfen, doch unterminiert das unilaterale Handeln gegen die Stimmen der UN gerade die Glaubwürdigkeit des eigenen Anspruchs auf den Posten des gerechten Weltpolizisten. So verwundert es nicht, dass amerikanische Konstrukte des Misstrauens zumindest in der arabischen Welt das genaue Gegenstück bewirkten (Rampton/ Stauber 2003, 198-204).

Es wäre verfehlt, in totalen Pessimismus zu verfallen. Die Wissenschaft und die Medien sind ebenso sensibilisiert wie die Rezipienten. Die amerikanische Iraq Survey Group hat auch in ihren letzten Berichten keinen überraschenden Fund von MVW gemeldet und verpflichtet sich zu weiteren Prüfungen, womit sie wissenschaftliche Redlichkeit dokumentiert und sich nicht ohne weiteres politisch vereinnahmen lässt. Die *New York Times* hat selbst am 26. Mai 2004 eingeräumt, dass mindestens sechs Berichte über MVW vor dem Krieg falsch waren. Sie löste dadurch eine Flutwelle in den über 300 amerikanischen Zeitungen aus, die ihren Nachrichtendienst nutzen und nun überlegen müssen, wie sie die Berichtigung melden und ihre publizistische Glaubwürdigkeit retten (Strupp 2004). Es ist davon auszugehen, dass Leser – zumindest vorübergehend – ein gesundes Misstrauen gegenüber ihrer Zeitung an den Tag legen. International gesehen hat gerade die einseitige amerikanische Berichterstattung des Krieges paradoxerweise der arabischen Berichterstattung globale Aufmerksamkeit gebracht: zumindest deutsche, britische und einige US-amerikanische Fernsehsender zitierten regelmäßig den Sender Al-Dschasira, der auch umfangreiche Informationen über das World Wide Web anbietet. Zwar ist es keine Frage, dass eine Mindestausstattung notwendig ist, um am weltweiten Netz teilzunehmen, doch erlaubt dieses individuellen Rezipienten bis vor Kurzem ungeahnte Möglichkeiten, verschiedenste Informationsquellen einzusehen, zu vergleichen und selbst durch eigene Beiträge an der internationalen Informationsverarbeitung und Meinungsbildung teilzunehmen. Insofern wird diese globale Debatte um Glaubwürdigkeit und Vertrauen zum Thema MVW nicht nur auf politischer und wissenschaftlicher, sondern auch auf publizistischer und privater Ebene weitergehen.

Literatur

- Bamford, James (2004): *A Pretext for War*. New York: Doubleday.
- Blix, Hans (2003): Notes for the briefing of the Security Council on the thirteenth quarterly report of UNMOVIC. 5. Juni 2003. Abgerufen am 10.6.2004 unter http://www.un.org/Depts/unmovic/new/documents/sc_briefing_notes_05062003.pdf.
- Brody, Richard A. (2003): *President Bush and the Public*. In: Greenstein, Fred I. (2003): *The George Bush Presidency. An early assessment*. Baltimore and London: The Johns Hopkins University Press, 228-244.
- Bush, George Walker (2002): *President Bush Outlines Iraqi Threat*. 7.10.2002. Abgerufen am 10.6.2004 unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/10/20021007-8.html>.
- Bush, George Walker (2003): *President Delivers "State of the Union"*. 28.1.2003. Abgerufen am 10.6.2004 unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/01/20030128-19.html>.
- Bush, George Walker (2004): *President Bush Announces Formation of Independent Commission*. 6.2.2004. Abgerufen am 10.6.2004 unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/02/20040206-3.html>.
- Conason, Joe (2003): *Big Lies. The Right-Wing Propaganda Machine and How It Distorts the Truth*. New York: Thomas Dunne Books/ St. Martin's Press.
- Deppermann, Arnulf (1997): *Glaubwürdigkeit im Konflikt. Rhetorische Technik in Streitgesprächen*. Frankfurt et al.: Peter Lang.
- Ehrke, Michael (2003): *Erdöl und Strategie. Zur politischen Ökonomie eines angekündigten Krieges*. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 1, 9-23.
- Franken, Al (2003): *Lies and the Lying Liars Who Tell Them. A Fair and Balanced Look at the Right*. New York: Penguin.
- Greenstein, Fred I. (2003): *The George Bush Presidency. An early assessment*. Baltimore and London: The Johns Hopkins University Press.
- Hardin, Russell (1999): *Do we want trust in government?* In: Mark E. Warren (Hrsg.) (1999): *Democracy and Trust*. Cambridge: Cambridge University Press. 22-41.
- Inglehart, Ronald (1999): *Trust, well-being and democracy*. In: Warren, Mark E. (Hrsg.) (1999): *Democracy and Trust*. Cambridge: Cambridge University Press. 88-120.
- Jacobson, Gary C. (2003): *The Bush Presidency and the American Electorate*. In: Greenstein, Fred I. (2003): *The George Bush Presidency. An early assessment*. Baltimore and London: The Johns Hopkins University Press. 197-227.
- Johnson, Peter (1993): *Frames of Deceit*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kamp, Karl-Heinz. *Von der Prävention zur Präemption?* In: *Internationale Politik* 57, Heft 12 (2002), 19-24.
- Köhnken, G. (1990): *Glaubwürdigkeit: Untersuchungen zu einem psychologischen Konstrukt*. München: Psychologie-Verl.-Union.
- Kreye, Andrian (2003): *Haus der Lügen. In den USA beherrscht das Spiel mit der Wahrheit jede Debatte*. *Süddeutsche Zeitung* 213 (16.9.2003), 13.
- Kirchner, Alexander (2000): *Die sprachliche Dimension des Politischen: Studien zu Rhetorik und Glaubwürdigkeit*. Würzburg: Ergon-Verl.
- Kraatz-Wadsack, Gabriele. *Die Verifikation biologischer Waffen*. In: *Internationale Politik* 57, Heft 12 (2002), 25-30.
- Krutzsch, Walter/ von Wagner, Adolf (2002): *Die Verifizierung des Chemiewaffenverbots*. In: *Internationale Politik* 57, Heft 10 (2002), 55-60.

- Leyendecker, Hans (2004): Die Lügen des Weißen Hauses. Warum Amerika einen Neuanfang braucht. Hamburg: Rowohlt.
- Luhmann, N. (1989): Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 3. Auflage. Stuttgart.
- Marr, Phebe (1998): US Policy Toward Iraq. In: Geoffrey Kemp/ Marr, Phebe/ Tanter, Raymond (Hrsg.) (1998): The United States, Iran and Iraq: Containment or Engagement? Paris: Ifri.
- Moore, Michael (2001/2002): Stupid White Men, and Other Sorry Excuses for the State of the Nation. London: Penguin.
- Moore, Michael (2003): Dude, Where's My Country? New York: Warner Books.
- Moss, Kenneth B. (2003): Reasserting American Exceptionalism—Confronting the World. The National Security Strategy of the Bush Administration. In: Internationale Politik und Gesellschaft 3, 135-155.
- Nawratil, Ute (1997): Glaubwürdigkeit in der sozialen Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nye, Joseph S. Jr./ Zelikow, Philip D./ King, David C. (1997): Why People Don't Trust Government. Cambridge, Mass. und London: Harvard University Press.
- Office of the Press Secretary (2003a): Background Briefing on Iraq WMD. July 18, 2003. Abgerufen am 10.6.2004 unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/07/print/20030718-8.html>.
- Office of the Press Secretary (2003b): Press Briefing on Iraq WMD and SOTU Speech July 22, 2003. Abgerufen am 10.6.2004 unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/07/print/20030722-12.html>.
- Orren, Gary (1997): Fall from Grace: The Public's Loss of Faith in Government. In: Nye, Joseph S. Jr./ Zelikow, Philip D./ King, David C. (1997): Why People Don't Trust Government. Cambridge, Mass. und London: Harvard University Press. 77-108.
- Pitt, William Rivers/ Ritter, Scott (2002) War on Iraq. What Team Bush Doesn't Want You to Know. London: Profile Books, New York: Context Books.
- Pollack, Kenneth M. (2002): The Threatening Storm. The Case for Invading Iraq. New York: Random House.
- Raeithel, Gert (2002): Geschichte der Nordamerikanischen Kultur. Band 3. Vom New Deal bis zur Gegenwart. 1930-2002. Frankfurt: Zweitausendeins.
- Rampton, Sheldon/ Stauber, John (2003): Weapons of Mass Deception. The Uses of Propaganda in Bush's War on Iraq. New York: Tarcher/ Penguin.
- Sabri, Nadschi (2002): Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, vom 13. November 2002 (gekürzt). In: Internationale Politik 57, Heft 12 (2002), 108-112.
- Solomon, Norman/ Erlich, Reese (2003): Angriffsziel Irak. Wie die Medien uns den Krieg verkaufen. München: Goldmann.
- Strupp, Joe (2004): 'N.Y. Times' Correction Causes Other Papers that Ran Stories to Scramble for Explanation. In: Editor and Publisher 27. Mai 2004. Abgerufen am 20.9.2004 unter http://www.editorandpublisher.com/eandp/news/article_display.jsp?vnu_content_id=1000519670
- Ueding, Gert/ Steinbrink, Bernd (1986): Grundriß der Rhetorik. Stuttgart: Metzler.
- United Nations Security Council (2003): 4701st meeting. Wednesday, 5 February 2003. S/PV.4701. Abgerufen am 12.6.04 unter <http://ods-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/PRO/N03/236/00/PDF/N0323600.pdf?OpenElement>.
- Warren, Mark E. (Hrsg.) (1999): Democracy and Trust. Cambridge: Cambridge University Press.
- Woodward, Bob (2003): Bush at War. Amerika im Krieg. Stuttgart und München: DVA.